

Stand: 04.10.2024 11:20:50

Initiativen auf der Tagesordnung der 17. Sitzung des WK

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2659 vom 02.07.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte** und **Fraktion (AfD)**

Konzerthaus-Projekt gänzlich verwerfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auch die Neuplanung zur Errichtung eines Konzerthauses/Konzertsaals im Werksviertel von München zu verwerfen und das gesamte Projektvorhaben zu beenden. Für das bereits auf 44 Jahre gepachtete Grundstück soll eine – kostengünstige – Alternativnutzung ergründet werden.

Begründung:

Die ursprüngliche Planung zur Errichtung des Konzerthauses betrug etwa 370 Mio. Euro. Zuletzt wurde eine mehr als dreimal so hohe Summe kolportiert und das bevor überhaupt mit dem Bau begonnen wurde. Daher ist die Verwerfung dieses Vorhabens zu begrüßen. Die neuerliche Entwicklung, wonach ein gänzlich neuer Entwurf entstehen soll, ist allerdings ebenfalls abzulehnen. Laut Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume soll das Projekt nun von einem Milliarden- auf ein Millionenprojekt reduziert werden. Dabei werden die Kosten auf eine Summe von 500 Mio. Euro geschätzt. Ein Betrag, der nach wie vor in keinem Verhältnis zum Nutzen steht und der gegenüber dem Steuerzahler nicht zu verantworten ist. Es gibt keinen Grund davon auszugehen, dass die neue Kostenschätzung diesmal zutreffen wird. Es ist zu befürchten, dass die Gesamtkosten sich erneut vervielfältigen werden und das Projekt sich zum nächsten bayerischen Kostengrab entwickelt.

In Zeiten von inflationsbedingter Kostensteigerung, Wohnungsknappheit, historischen Reallohnverlusten und horrenden Energiepreisen ist ein überdimensionierter Dekadenbau – welcher vorrangig einer wohlhabenden Bevölkerungsschicht zugutekommen und der Staatsregierung als Prestigeprojekt dienen soll – vor dem Steuerzahler nicht zu rechtfertigen.

Das bisherige Vorgehen ist ohnehin im höchsten Maße zu verurteilen. In der sogenannten Denkpause mögen die Planungen stillgestanden haben, allerdings liefen die Kosten weiter und betragen bereits heute – allein durch die Planung und ohne ersten Spatenstich – über 30 Mio. Euro. Hinzu kommen die Pachtzahlungen, welche für 44 Jahre etwa 26 Mio. Euro betragen.

Zusammengenommen übersteigen die Kosten bereits vor Baubeginn die Gesamtkosten des HP8 Gasteig-Projekts. Ein Vorhaben, welches durchaus eindrucksvoll unter Beweis stellt, dass man keinen überbewerteten Monumentalbau errichten muss, um qualitativ hochwertige Lösungen zu finden.

Aus diesem und den zuvorderst genannten Gründen sollte die Staatsregierung sich für eine preisgünstige, aber hochwertige Alternative – im Stile des HP8 Gasteig – einsetzen und dem Freistaat und den Bürgern somit diese enorme Belastung ersparen. Auch wäre es zu begrüßen, das kulturelle Angebot nicht nur in der Landeshauptstadt zu erweitern,

sondern vermehrt in den ländlichen Raum des Freistaates zu tragen. Viele Stadtsäle werden kaum belegt und böten der ländlichen Bevölkerung Kultur vor der Haustüre zu erleben, anstatt sie zu nötigen, in die Ballungszentren zu reisen.